

1. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
29.09.2009

Niederschrift vor Eintritt in die Tagesordnung

Gegenstand: Rederecht für anwesende Gäste

Herr Roßkopf beantragt die Änderung der Geschäftsordnung des Ausschusses dahingehend, dass den anwesenden Anwohnern ein Rederecht eingeräumt wird.

Der Ausschuss erteilt den anwesenden Gästen ein Rederecht.

Gegenstand: Baumfällliste des Betriebshofes

Herr Czerny wünscht Auskunft über Baumfällmaßnahmen, im Einzelnen zu gefälltten Bäumen am Eselsdamm. Die Baumfällliste der Stadtgärtnerei sollte übersichtlicher sein.

Der Vorsitzende sichert eine Antwort per Email zu. Die Baumfällliste wird Thema der nächsten Ausschusssitzung sein.

Gegenstand: Vereinbarkeit von Bauarbeiten im Gebiet der ehem. Kaserne Normand mit dem Baumbestand

Herr Wierig möchte unter TOP Verschiedenes die Bauarbeiten im Gebiet der Normand-Kaserne im Hinblick auf den Baumbestand angesprochen sehen.

Der Vorsitzende erklärt, dass dies im Rahmen des TOP 2 behandelt werden wird.

Gegenstand: Rederecht für Herrn Hofmann (BGS) zu TOP 7

Herr Hofmann (Ratsmitglied BGS) beantragt zu TOP 7 Rederecht. Dies sei ihm in der Stadtratssitzung am 18.12.2008 zugesichert worden.

Der Vorsitzende bestätigt das Rederecht für Herrn Hofmann.

1. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
29.09.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

**Gegenstand: Verpflichtung der neuen Ausschussmitglieder, Bestimmung von
zeichnungsberechtigten Mitgliedern**

Herr Scheid bestimmt nach Vorschlag der CDU Herrn Zehfuß als zeichnungsberechtigtes Mitglied der CDU, zu seinem Stellvertreter wird Herr Funk bestellt.

Für die SPD wird Herr Wierig die Protokolle des Ausschusses unterzeichnen, im Verhinderungsfall Herr Maffenbeier.

Anschließend werden die neuen Ausschussmitglieder nach der Gemeindeordnung zu ihrer Arbeit im Ausschuss verpflichtet.

**Gegenstand: Verkehrsführung und Maßnahmen der Verkehrsberuhigung im
Bereich Kaserne Normand
Vorlage: 0031/2009**

Herr Mossau stellt die Maßnahmen vor, die möglich wären, um Durchgangsverkehr im Normand-Gelände zu vermeiden.

In der anschließenden Diskussion hebt Herr Zehfuß hervor, dass die CDU-Fraktion für das Gebiet einen verkehrsberuhigten Bereich favorisiert. Vor der Festlegung von Straßenbau- und Verkehrsführungsmaßnahmen sollten die betroffenen Bürger gehört und die Eröffnung des LIDL-Marktes abgewartet werden.

Herr Wierig empfiehlt für die SPD ebenfalls die Beteiligung der Bürger, jedoch die Ausweisung der dortigen Straßen als Tempo-30-Zone. Herr Wierig erkundigt sich nach dem Kostenunterschied zwischen Tempo-30-Zone und verkehrsberuhigtem Bereich.

Der Vorsitzende erklärt, dass derzeit noch keine umfassende Kostenermittlung vorliegt.

Herr Sattel und Herr Czerny sprechen sich für einen verkehrsberuhigten Bereich aus. Die Stadt sollte festlegen, ab welchem Zeitpunkt die Straßen fertig gestellt werden. Dies sollte unabhängig von der Baufertigstellung der Wohngebäude erfolgen.

Herr Di Naro erwähnt, dass der Discounter angeblich in 6 Wochen eröffnet. Er weist auf die derzeitige gefährliche Verkehrssituation in der Paul-Egell-Straße hin.

Der Vorsitzende betont, dass der Zustand in der Paul-Egell-Str. nicht Gegenstand dieses TOPs sei.

Herr Specht und Herr Seiler vertreten die Ansicht, dass die Paul-Egell-Straße im Zusammenhang mit dem Normand-Gebiet betrachtet werden müsse.

Frau Hoffmann berichtet aus ihrer Erfahrung, dass beispielsweise die Roland-Berst-Str. prädestiniert sei für einen verkehrsberuhigten Bereich, da die Bewohner des Lebenshilfe-Hauses und die Altenheimbewohner mit Gehhilfen und Rollstühlen zum Spaziergang nebeneinander auf der Straße laufen könnten. Dies sei nach der Anlegung von Gehwegen wegen den Bordsteinen nicht mehr möglich. Durch das Nebeneinandergehen von Personen auf der Straße sei eine Durchfahrt für Nichtanliegerverkehr nicht attraktiv.

Herr Scheid erteilt den Anwohnern das Wort.

Ein Anwohner erklärt, dass er die Ausweisung von Tempo-30-Zonen mit Erschwerungen wie Baumscheiben sinnvoll fände. Sackgassen lehne er ab. Der alte Baumbestand sollte erhalten bleiben. Er weist darauf hin, dass seines Erachtens die Erstellung der Wohngebäude in weniger als einem Jahr zum Abschluss kommen wird.

Die Stadtplanung habe den Anwohnern mitgeteilt, dass ca. 10% der Kunden des künftigen LIDL-Marktes aus bzw. durch das Normand-Gebiet anfahren würden. Dies bezweifeln die Anwohner. Es wird erheblich mehr Verkehr erwartet, sobald der Discounter eröffnet ist.

Außerdem sollten die Seekatz- und die Diakonissenstr. in die Überlegungen einbezogen werden.

Ein anderer Anwohner erkundigt sich, ob die bisher durchgeführten Straßenbauarbeiten noch rückgängig zu machen sind. Es seien teilweise schon Fakten geschaffen worden, z.B. Asphaltdecke für Fahrbahnen.

Herr Zehfuß möchte wissen, ob mit vertretbarem Aufwand eine sinnvolle Änderung noch möglich sei.

Herr Zander versichert, dass die Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereiches durchaus noch machbar sei.

Ein Anwohner schlägt vor, die Straßen im Normand-Gelände als Anwohner-Straßen festzulegen.

Ein anderer Anwohner spricht sich dafür aus, den geplanten Gehweg in der Franz-Schöberl-Straße nicht zu realisieren um die bestehenden Bäume zu erhalten.

Herr Reimer teilt mit, dass ein schmaler Gehweg vor den Bäumen geplant ist.

Mehrere Anwohner erklären, dass derzeit keine Straßenbeleuchtung vorhanden ist.

Herr Reimer meint, dass die Gewo die Stadtwerke in Kürze beauftragen, ein Provisorium für die Straßenbeleuchtung aufzustellen. Im Einzelnen ist geplant, einen Leuchtenmast mit 3 Leuchten im Kreuzungsbereich Franz-Schöberl- / Ecke Hans-Stempel-Str. zu installieren.

Herr Sattel erkundigt sich, ob die Tempo 20-Schilder wegen Baustelle auch nach der Eröffnung des LIDL-Marktes beibehalten werden.

Herr Scheid bestätigt dieses.

Herr Wierig erkundigt sich nach der Erhaltungsmöglichkeit der Linden in der Franz-Schöberl-Straße und die dortigen Bautätigkeiten.

Herr Behr informiert, dass Bäume mit Erhaltungsgebot vorhanden sind. Der dort tätige Bauunternehmer habe sich nicht an die entsprechenden Auflagen der Baugenehmigung gehalten. Für künftige Bauvorhaben, auf deren Gelände schützenswerte Bäume vorhanden sind, fordert die Stadt eine ökologische Bauleitung.

Herr Zehfuß verlangt auch für die CDU einen schriftlichen Sachstandsbericht.

Beschluss:

Der Vorsitzende empfiehlt, dass das Thema in Anbetracht der Menge der zu klärenden Fragen in der nächsten Sitzung gemeinsam mit der Gewo und unter Berücksichtigung der Verkehrslage in der Paul-Egell-Str. erneut behandelt werden sollte.

1. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
29.09.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

**Gegenstand: Einsatz des Verkehrszeichens "Grünpfeil" an Ampelanlagen;
Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 23.10.2008
Vorlage: 0039/2009**

Herr Rudingsdorfer erläutert die Voraussetzungen zur Ausweisung eines Grünpfeils an Ampeln und die Situation in Speyer, auch anhand anschaulicher visueller Beispiele.

Herr Zehfuß erklärt, dass für ihn die Ablehnung des Antrages zur Einführung des Grünpfeils nun schlüssig ist.

Herr Roßkopf erkundigt sich, ob es möglich sei, statt des Grünpfeils ein Vorfahrt-Achten-Zeichen an die Rechtsabbiegerspur aufzustellen, z.B. an der Kreuzung Schützenstr. / Obere Langgasse.

Herr Rudingsdorfer lehnt dies unter Verweisung auf den Radverkehr zu und von den Gymnasien ab.

Herr Sattel schlägt vor, die Ampelanlagen zu vereinfachen und anschließend den Grünpfeil einzuführen, z.B. an der Kreuzung Gilgenstr. / Schützenstr.

Herr Rudingsdorfer erklärt, dass das Risiko für Fußgänger dort dann zu groß sei. Schon heute bestünden Anfragen, die Gründauer für Fußgänger zu erhöhen.

1. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
29.09.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

Gegenstand: Verkehrsentwicklungsplan 2020 - Sachstandsbericht

Herr Zander erläutert den Sachstand zum Verkehrsentwicklungsplan 2020. Der Verkehrsentwicklungsplan (VEP) ist die Entscheidungsgrundlage um verkehrliche Ziele, z.B. Reduzierung des innerstädtischen Durchgangsverkehrs oder Steigerung des Fahrradverkehrs umzusetzen.

Im Oktober wird ein externes Fachbüro (BS-Ingenieure, Darmstadt) zur Erstellung des Planes beauftragt. Im Januar 2011 wird der fertige Plan erwartet. Das Ergebnis wird zunächst in der Arbeitsgruppe VEP beraten, anschließend dem Ausschuss empfohlen und endgültig vom Rat beschlossen.

Auch der ÖPNV wird im VEP Berücksichtigung finden, da der bestehende Nahverkehrsplan frühestens 2012 fortgeschrieben werden wird.

Herr Czerny erkundigt sich, ob die Einbindung des ADFC und der Interessensverbände der Fußgänger vorgesehen ist.

Herr Zander führt aus, dass diese Interessengruppen in der Ergebnisberatung berücksichtigt werden.

1. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
29.09.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

Gegenstand: Forstwirtschaftsplan 2010
Vorlage: 0036/2009

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.
Herr Scheid informiert, dass der Forsthaushalt für den Zeitraum 2003 – 2013 im Rahmen des Forsteinrichtungswerkes auf 10 Jahre festgelegt ist.
Das für 2010 ermittelte Defizit würde sich im üblichen Rahmen dieses 10-Jahres-Planes bewegen.
Herr Wierig vermutet, dass ursächlich für das Defizit auch die aufgelöste Zinsrücklage wegen Einführung der Doppik sei.
Dies bestätigt der Vorsitzende.
Herr Czerny erkundigt sich, ob auch die 25% ige Sperre des Auwaldes für die Forstwirtschaft ein Grund für das Defizit sei.
Herr Fehr ergänzt, dass das Defizit im Zusammenhang mit der derzeitigen Rezession zu betrachten sei. Außerdem bestünde eine Sozialbindung hinsichtlich des Stadtwaldes, wonach dort Ökologie und Walderlebnis einen großen Raum einnehmen. Bei ausschließlich ökonomischer Bewirtschaftung wäre das Defizit geringer.

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat nach eingehender Beratung die Forstwirtschaftspläne für den Stadtwald und den Bürgerhospitalwald für das Forstwirtschaftsjahr 2010 zu verabschieden.
Die Forstwirtschaftspläne sind Bestandteil des Haushaltsplanes der Stadt Speyer

1. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
29.09.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

Gegenstand: FSC-Zertifizierung des Stadt- und Bürgerhospitalwaldes
Vorlage: 0037/2009

Herr Scheid erklärt, dass die Forderungen für die Zertifizierung eingehalten wurden und danach durch den Zertifizierer und den Gemeinde- und Städtebund mit der Urkunde bestätigt werden.

1. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
29.09.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7

**Gegenstand: Errichtung einer Grillhütte; Antrag der BGS-Stadtratsfraktion vom
09.12.2008
Vorlage: 0040/2009**

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt. Der ursprüngliche Antrag liege ca. 3 Jahre zurück. Die Verwaltung plante zwischenzeitlich, im Woogbachtal eine Grillhütte zu errichten. Dies habe die obere Wasserbehörde abgelehnt. Zum Weiteren habe der Betreiber des Kletterwaldes die Absicht, auf seinem Gelände eine Grillhütte zu errichten und diese an Interessenten zu vermieten.

Der Ausschuss ist sich einig, dass eine von der Stadt neu zu errichtende Grillhütte in massiver Bauweise hergestellt und abschließbar sein müsse. Die Kosten beliefen sich lt. Herrn Fehr auf etwa 100 000 €.

Herr Hoffmann schlägt vor, die kostengünstigere Variante wäre die Renovierung der bestehenden Grillplätze im Binsfeld und in Speyer – Süd.

Der Vorsitzende führt aus, dass der Betriebshof den Grillplatz in Speyer-Süd vollständig abgebaut habe.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Haushaltslage der Stadt eine freiwillige Ausgabe in dieser Höhe derzeit nicht zulasse.

Beschluss:

Nach eingehender Beratung lehnt der Ausschuss den Antrag bei 1 Ja-Stimme mit großer Mehrheit ab.

Gegenstand: Verschiedenes

1. Ergebnisse der Immissionsmessungen durch das LUWG im Bereich der B 9:
Frau Kruska führt aus, dass von August 2008 bis August 2009 das LUWG im Auftrag des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz aus Anlass von Beschwerden der Anwohner eine Messung bezüglich Stickstoffdioxid (NO₂) und Feinstaub (PM10) durchführte. Die Messungen wurden an 6 Messpunkten im Nahbereich zur B9 bzw. zur A61 durchgeführt. Zur Beurteilung der Ergebnisse wurden die Grenzwerte der EU-Richtlinie 1999/30/EG über Grenzwerte für Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Partikel und Blei in der Luft herangezogen, die in der 22. Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz umgesetzt sind. Im Ergebnis wurde an keinem der Messpunkte eine Überschreitung von NO₂ festgestellt. Die an den Messpunkten festgestellten NO₂-Konzentrationen liegen im Bereich der Konzentrationen, wie sie auch in der Innenstadt am Messpunkt St.-Guido-Stifts-Platz gemessen werden.
Bei Feinstaub lag der Jahresmittelwert an allen Messpunkten unter dem Grenzwert von 40 µg/m³.
An 14 Messtagen wurde der Tagesmittelwert von 50 µg/m³ überschritten. Zulässig sind 35 Überschreitungstage im Jahr.
An der Messstelle am St.-Guido-Stifts-Platz wurde dieser Wert an 20 Tagen überschritten. Von diesen 20 Überschreitungstagen waren 13 Tage identisch mit den Überschreitungen an der Messstelle in der Bebelstraße.
Diese Umstände lassen den Schluss zu, dass die Feinstaub-Konzentration nur gering durch lokale Einflüsse an den Messstellen beeinflusst ist, sondern vielmehr durch regionale und überregionale Faktoren, z.B. Klimateinflüsse zu erklären ist.
Herr Scheid schlägt vor, dass bei Interesse der Mitarbeiter des LUWG, Herr Dr. Weißenmayer zu einer Ausschusssitzung eingeladen werden könne.
2. Herr Sattel möchte wissen, ob in Speyer die Einführung einer Umweltzone geplant ist.
Herr Zander erklärt, dass das Ministerium die Einführung von Umweltzonen in Mittelstädten wie Speyer nicht empfiehlt.
Herr Rudingsdorfer ergänzt, dass in Speyer vermutlich nur 5% des Fahrzeugverkehrs in der Innenstadt vermieden werden könnte.
Herr Scheid erklärt abschließend, dass die Feinstaub-Emissionen immer weniger von den Kraftfahrzeugen verursacht würden als vielmehr durch das Klima oder auch beispielsweise Kaminöfen.
3. Herr Funk erkundigt sich, ob während der Fernwärme-Baustelle am Bartholomäus-Weltz-Platz die Ampelschaltung geändert werden könne, damit sich der Rückstau in Grenzen halte.
Herr Zander bestätigt die dortige unbefriedigende Situation. Der bei der Stadt vorhandene Verkehrsrechner gebe diese Möglichkeit jedoch nicht her.

1. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
29.09.2009

1. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr 29.09.2009

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!